



Pressemitteilung

Kohlekraftwerk ist politisch zu verhindern

Mainz / Wiesbaden, 27.08.2009: "Dass das Kohlekraftwerk an der Finanzierung scheitern wird, ist die Folge der Vielzahl der bisher in Ansatz gebrachten Mittel. Es waren nicht nur die Klageverfahren und der breite gesellschaftliche Widerstand, die störenden Einfluss auf die Finanzierungsgespräche hatten, sondern gerade auch der politische Wille in den Städten Mainz und Wiesbaden, notfalls die städtischen Gesellschaften in eine andere Rechtsform zu überführen. Eine Bank lässt ein solches Vorgehen nicht unbeeindruckt. Daher muss der politische Druck aufrechterhalten werden.", so Carl Christian Müller, Sprecher des 'Bündnisses für eine kohlekraftwerksfreie Region Mainz Wiesbaden'.

"Die Umwandlung ist bei einer Verweigerungshaltung der Vorstände kein einfacher Weg, aber sie ist letztlich gangbar und zielführend. Sie wird dafür sorgen, dass die kommunale Energieversorgung zukünftig auf einem breiten politischen und gesellschaftlichen Konsens fußt. Die gestern im Stadtrat besprochenen juristischen Gutachten sind in der Diskussion vor Ort ohnehin nicht zu verwenden, da sie nur zu abstrakten gesellschaftsrechtlichen Fragen Auskunft geben und unter der Prämisse geschrieben wurden, dass das Kohlekraftwerk wirtschaftlich und finanzierbar ist. Beides ist nicht der Fall. Der Ausstieg ist damit unumgänglich und muss zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger von Mainz und Wiesbaden auch politisch weiter vorangetrieben werden.", so Müller abschließend.